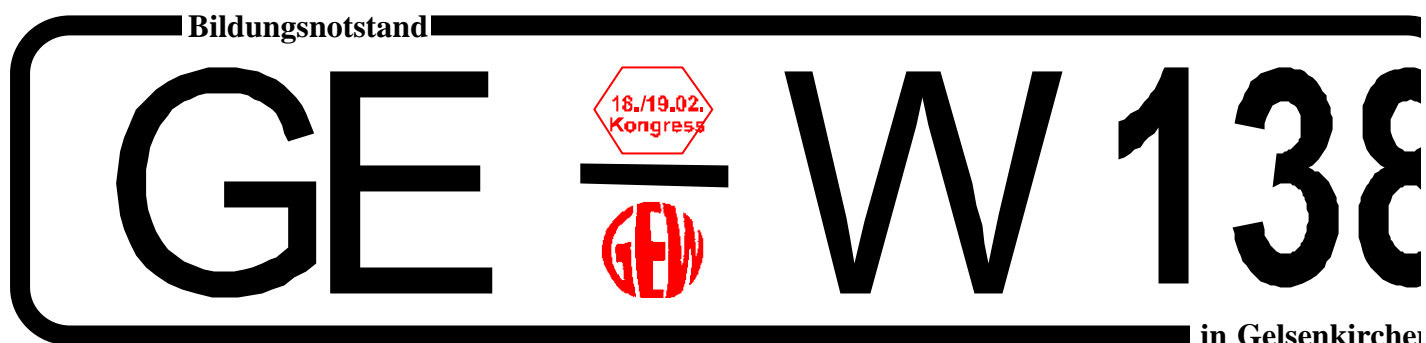


Ich bitte, das schlechte
Layout des Downloads zu
entschuldigen, in
Anbetracht der wenigen
Nutzer musste aus Zeit
und Kostengründen auf
eine aufwendige
Gestaltung verzichtet
werden, bei Bedarf
können einzelne Artikel
über e-mail angefordert
werden.

Marion Appold

über Formulare in den Schulen



Zeitung für Lehrerinnen
und Lehrer in
Gelsenkirchen und
Gladbeck

Januar 2005

Tief im Westen... Bochum!

Kongress am 18./19.



Februar 2005

Univ
ersität Bochum
Anm
eldungen im Internet oder

Jahreshauptversammlung

**am Donnerstag, dem 24. Februar 2005, 18.00 Uhr
DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen
(direkt am Marktplatz / Margarethe-Zingler-Platz)**

**Thema: Konsequenzen aus den Lernstandserhebungen vor dem Hintergrund von
PISA II**

**Referenten: der Landesvorsitzende Andreas Meyer-Lauber und
der Schuldezernent der Stadt Gelsenkirchen, Dr. Manfred Beck**

Einladung zu einem Kabarettabend

**am Montag, dem 09. Mai 2005
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.30 Uhr
in den Räumen der AWO, Grenzstraße 47, 45881 Gelsenkirchen**

Herausgeber: Stadtverband Gelsenkirchen der GEW



Auf ein Wort

In den letzten Monaten des alten Jahres dominierten die gewerkschaftliche Agenda drei Themen: im bildungspolitischen Bereich die Lernstandserhebungen und die Untersuchung PISA II, im gewerkschaftspolitischen Bereich die Diskussion um die „Reform“ des Beamtenrechtes. Zu allen drei Themen wurde eine „Leistungsdiskussion“ geführt. Wir als Lehrer sind gut beraten, uns an diesen Diskussionen zu beteiligen. Im Jahr 2005 werden wir dazu auch reichlich Gelegenheit haben, z.B. auf dem Kongress der GEW am 18./19. Febr. 2005 in Bochum „**Zukunftsbildung**“ oder auf der Jahreshauptversammlung am 24. Febr. 2005 zum Thema „**Konsequenzen aus den Lernstandserhebungen vor dem Hintergrund von PISA II**“.

Gleichzeitig werden uns Diskussionen und Aktionen zu den Tarifverhandlungen und zur geplanten Reform des Beamtenrechtes herausfordern. Wir werden in dieser Zeitung Informationen zu den anstehenden Fragen geben, und wir werden uns an der Meinungsbildung beteiligen.

Beteiligen Sie sich auch.

Karl-Heinz Mrosek

PISA-Studie der OECD 2003

Länder, für die bei PISA 2000 Ergebnisse vorlagen

Bei PISA 2000 erreichte Deutschland im Fach Mathematik Rang 20. Unter den damals vertretenen Ländern würde Deutschland heute Rang 16 belegen. Im Fach Lesen damals Rang 21, heute Rang 18. In den Naturwissenschaften damals Rang 20, heute Rang 15.

Mathematik	Punktwert ⊕	Lesen	Naturwissenschaften		
1 Hongkong (China)	550	1 Finnland	543	1 Finnland	548
2 Finnland	544	2 Südkorea	534	2 Japan	548
3 Südkorea	542	3 Kanada	528	3 Hongkong (China)	539
4 Niederlande	538	4 Australien	525	4 Südkorea	538
5 Liechtenstein	536	5 Liechtenstein	525	5 Liechtenstein	525
6 Japan	534	6 Neuseeland	522	6 Australien	525
7 Kanada	532	7 Irland	515	7 Macau (China)	525
8 Belgien	529	8 Schweden	514	8 Niederlande	524
9 Macau (China)	527	9 Neuseeland	513	9 Tschechien	523
10 Schweiz	527	10 Hongkong (China)	510	10 Neuseeland	521
11 Australien	524	11 Belgien	507	11 Kanada	519
12 Neuseeland	523	12 Norwegen	500	12 Schweiz	513
13 Tschechien	516	13 Schweiz	499	13 Frankreich	511
14 Island	515	14 Japan	498	14 Belgien	509
15 Dänemark	514	15 Macau (China)	498	15 Schweden	506
16 Frankreich	511	16 Polen	497	16 Irland	506
17 Schweden	509	17 Frankreich	496	17 Ungarn	503
18 Österreich	506	18 USA	495	18 Deutschland	502
19 Deutschland	503	19 Dänemark	492	19 Polen	498
20 Irland	503	20 Island	492	20 Slowakei	495
21 Slowakei	498	21 Deutschland	491	21 Island	495
22 Norwegen	495	22 Österreich	491	22 USA	491
23 Luxemburg	493	23 Lettland	491	23 Österreich	491
24 Polen	490	24 Tschechien	489	24 Russland	489
25 Ungarn	490	25 Ungarn	482	25 Lettland	489
26 Spanien	485	26 Spanien	481	26 Spanien	487
27 Lettland	483	27 Luxemburg	479	27 Italien	486
28 USA	483	28 Portugal	478	28 Norwegen	484
29 Russland	468	29 Italien	476	29 Luxemburg	483
30 Portugal	466	30 Griechenland	472	30 Griechenland	481
31 Italien	466	31 Slowakei	469	31 Dänemark	475
32 Griechenland	445	32 Russland	442	32 Portugal	468
33 Serbien	437	33 Türkei	441	33 Uruguay	438
34 Türkei	423	34 Uruguay	434	34 Serbien	436
35 Uruguay	422	35 Thailand	420	35 Türkei	434
36 Thailand	417	36 Serbien	412	36 Thailand	429
37 Mexiko	385	37 Brasilien	403	37 Mexiko	405
38 Indonesien	360	38 Mexiko	400	38 Indonesien	395
39 Tunesien	359	39 Indonesien	382	39 Brasilien	390
40 Brasilien	356	40 Tunesien	375	40 Tunesien	385

Quelle: Der Spiegel Nr. 50/2004, S. 178

PISA: Deutsche Schüler nicht besser, nicht schlechter

Stark im Problemlösen, schwach im Lesen / Großbritannien disqualifiziert

oll. FRANKFURT, 5. Dezember 04

Deutschland liegt bei der PISA-Vergleichsstudie 2003 in Mathematik, beim Lesen sowie in den Naturwissenschaften im internationalen Durchschnitt. Bei der fächerübergreifenden Fähigkeit „Problemlösung“ haben die deutschen Schüler indes Werte erreicht, die den OECD-Durchschnitt weit überragen. Bessere Ergebnisse als Deutschland erzielten dabei nur sechs OECD-Staaten. „Die Jugendlichen lassen mit einer überdurchschnittlich stark ausgeprägten Problemlösekompetenz ein bemerkenswertes kognitives Potential erkennen“, heißt es in der PISA-Auswertung, die an diesem Montag in Berlin vorgestellt wird. Offensichtlich gelingt es den Schulen nicht, die ausgeprägten kognitiven Fähigkeiten für ein stärker fachbezogenes Wissen und Verständnis zu entwickeln; das zeigt sich an den Mathematikleistungen. Jeder fünfte Schüler in Deutschland kann am Ende seiner Pflichtschulzeit nur auf Grundschulniveau rechnen. Insgesamt haben sich die deutschen Ergebnisse stabilisiert, während etwa Österreich in Naturwissenschaften von Platz acht auf Platz 20 abgerutscht ist.

Bei der zweiten PISA-Studie standen die mathematischen Fähigkeiten im Mittelpunkt, bei der ersten PISA-Erhebung war es die Lesekompetenz. Der deutsche Mittelwert in der Gesamtskala Mathematik liegt bei 503 Punkten, der OECD-Durchschnitt bei 500 Punkten. Spitzenreiter in allen drei Gebieten ist auch bei dieser Studie Finnland (544 Punkte). Beim Schwerpunkt Mathematik folgen an zweiter Stelle Korea (542 Punkte), sodann Kanada, die Niederlande und Japan. Abstände auf der internationalen PISA-Skala in einer Größenordnung von 35 bis 40 Punkten können etwa in ein Schuljahr umgerechnet werden. Das heißt, finnische Schüler sind den gleichaltrigen deutschen Schülern in allen drei Testgebieten um ein Schuljahr voraus, obwohl sie erst mit sieben Jahren eingeschult werden.

An PISA 2003 beteiligten sich 41 Staaten (30 OECD-Länder und 11 Partnerländer). Insgesamt wurden

15 Jahren getestet. An einem international festgelegten Testtag mussten die Schüler in zwei Stunden Aufgabenblöcke zu den Kompetenzbereichen bearbeiten und Fragen beantworten. Disqualifiziert wurde Großbritannien, weil es die Stichprobengröße nicht erfüllte. In Deutschland nahmen 216 Schulen mit 4660 Schülern teil. Für den Vergleich der Bundesländer, dessen Ergebnisse im September 2005 erwartet werden, wurde die Stichprobe um 1300 weitere Schulen aufgestockt. Am zweiten Testtag für den Bundesländervergleich wurden die Lernergebnisse abgefragt, die einen Zusammenhang mit deutschen Lehrplänen der Schulmathematik aufweisen. Die Federführung liegt in Deutschland beim Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel unter Leitung von Manfred Prenzel. Die internationale Koordinierung hat das Sekretariat der OECD übernommen.

Besorgnis erregend ist auch diesmal der hohe Anteil der Schüler, die nicht einmal die unterste Kompetenzstufe erreichen. Denn diese Schüler werden ihre Schul- und Berufsausbildung nur mit großen Schwierigkeiten oder gar nicht bewältigen. Entsprechend groß ist die Risikogruppe deutscher Schüler (21,6 Prozent), im internationalen Mittel sind es 21,4 Prozent. Wie bei der ersten Erhebung ist die Spitzengruppe mit 4,1 Prozent der Schüler vergleichsweise klein. In Finnland gehören 6,7 Prozent der Schüler zur Spitzengruppe, in Korea 8,1 und in Japan 8,2 Prozent, in Belgien sogar 9,0 Prozent. Der Leistungszuwachs bei den mathematischen Fähigkeiten im Vergleich zur ersten PISA-Studie ist vor allem auf eine Leistungssteigerung der Gymnasiasten zurückzuführen, am alarmierendsten sind die Leistungen der Hauptschüler. Nur 55 Prozent der deutschen Schüler interessieren sich für das, was sie im Mathematikunterricht lernen. Hauptschüler sind wesentlich motivierter und haben mehr Freude an diesem Fach als Gymnasiasten.

Auffällig ist in Deutschland wie bei der ersten PISA-Studie die große Leistungsstreuung. In den naturwis-

wa ein Viertel der deutschen Schüler äußerst ungünstige Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit Naturwissenschaften in Schule, Beruf oder Alltag auf. Gleichwohl haben sich die naturwissenschaftlichen Leistungen erheblich verbessert. Die positive Entwicklung in Mathematik und den Naturwissenschaften führt das deutsche PISA-Konsortium auf die Weiterentwicklung des Unterrichts nach der Timss-Studie (Third mathematics and science study) zurück, die statt der „algorithmisch geprägten Fertigungsorientierung“ stärker auf Problemlösungen und Anwendungen Wert legte. Nicht gebessert haben sich indes die Leseleistungen, hier hat Deutschland Nachholbedarf. Das gilt auch für die Gymnasien, die sonst in allen Testgebieten deutlich besser wurden.

Noch immer erreichen 22,3 Prozent der Fünfzehnjährigen nur die unterste Stufe der Lesekompetenz, sind also kaum in der Lage, Alltagstexte wirklich zu verstehen, von literarischen ganz zu schweigen. Wie in der ersten PISA-Studie schneiden die Mädchen beim Lesen deutlich besser ab als die Jungen, bei der Mathematik ist es umgekehrt. Die Mädchen, so das deutsche PISA-Konsortium, könnten aber wesentlich bessere Mathematikleistungen erbringen, wenn es gelänge, ihre Problemlösefähigkeit für dieses Fach nutzbar zu machen.

Auch der in Deutschland enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg zeigt sich abermals bei PISA 2003. So besitzen Schüler ein und derselben Schulform je nach Bildungsstand des Elternhauses in Mathematik einen Kompetenzvorsprung von bis zu zwei Schuljahren. Die größte Differenz zwischen den sozialen Gruppen findet sich in der Integrierten Gesamtschule (76 Kompetenzpunkte, also zwei Schuljahre), die geringste im Gymnasium, das eine homogene Schülerschaft aufzuweisen scheint. Die Schulform sei deshalb ausschlaggebend für die Mathematikleistungen eines Schülers heißt es in der Studie. Die Wahl der Schulform ist hierzulande untrennbar verbunden mit der sozialen Herkunft.

Schulformen fielen umso größer aus, je früher die Differenzierung einsetze

Jugendliche mit Migrationshintergrund – in Deutschland liegt der Anteil bei der Stichprobe bei 20,6 Prozent – schneiden in allen Bereichen deutlich schwächer ab als deutsche Schüler. Auffällig im internationalen Vergleich ist, dass Jugendliche der ersten Generation (beide Elternteile im Ausland geboren, der Jugendliche selbst in Deutschland geboren) noch erheblich ungünstigere Werte erreichen als später eingewanderte Jugendliche, obwohl sie ihre Schulzeit in deutschen Schulen verbracht haben. Die ausländischen Kinder der ersten Generation liegen zwei Schuljahre hinter dem deutschen Durchschnittswert zurück, eingewanderte Kinder hingegen nur ein Schuljahr. Die meisten ausländi-

chen Jugendlichen besuchen Hauptschulen, nur ganz wenige Gymnasien. Im Unterschied zu anderen Ländern gelingt es auch in der Mathematik nur unzureichend, die Unterschiede sozialer Herkunft auszugleichen. Beim Mathematikvergleich zeigt sich, dass die Anzahl der Unterrichtsstunden eine geringere Rolle spielt als die Unterrichtsqualität. Während deutsche Schüler durchschnittlich drei Mathematikstunden in der Woche erhalten, sind es in der Spitzengruppe (Finnland und Niederlande) deutlich weniger. Eine entscheidende Rolle für das Lernklima dürfte die von den deutschen Schülern als unzureichend bewertete Unterstützung durch die Lehrer spielen.

Zu den wichtigsten Aufgaben zählt das PISA-Konsortium die Förderung der schwächsten Schüler und

der ausländischen Jugendlichen. Außerdem müsse der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb verringert werden. In einer Stellungnahme hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, darauf hingewiesen, dass es nicht genüge, für die große Gruppe der deutschen Risikoschüler weitere Förderangebote zu machen; man müsse dafür sorgen, dass diese auch wahrgenommen werden. Es sei bekannt, dass sich Eltern ausländischer Kinder weigerten, ihre Kinder in zusätzliche Deutschkurse zu schicken. Für den Umgang mit den Ergebnissen in Öffentlichkeit und Politik mahnte Kraus zu mehr Gelassenheit und Sachlichkeit. Immerhin hätten sich die deutschen Ergebnisse um 15 Punkte verbessert.

FAZ: 06.12.04

Konsequenzen aus PISA

Auf den Seiten 2 bis 4 dieser Zeitung haben wir einige Presseveröffentlichungen zu PISA II dokumentiert. Sie bringen kurz gefasst einen guten Überblick. Auf Folgendes möchte ich jedoch noch hinweisen:

- Die PISA-Ergebnisse von 2000 brachten eine wichtige Zahl zu Tage, die in der anschließenden Diskussion untergegangen ist. Damals hatten die Wissenschaftler festgestellt, dass in der Bundesrepublik nur 60 % der Unterrichtszeit als Unterricht zu bezeichnen ist. In Japan lag dieser Wert bei über 90 %. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Wert zu verbessern, dann nutzen auch methodische und lernzielrelevante Innovationen nichts.

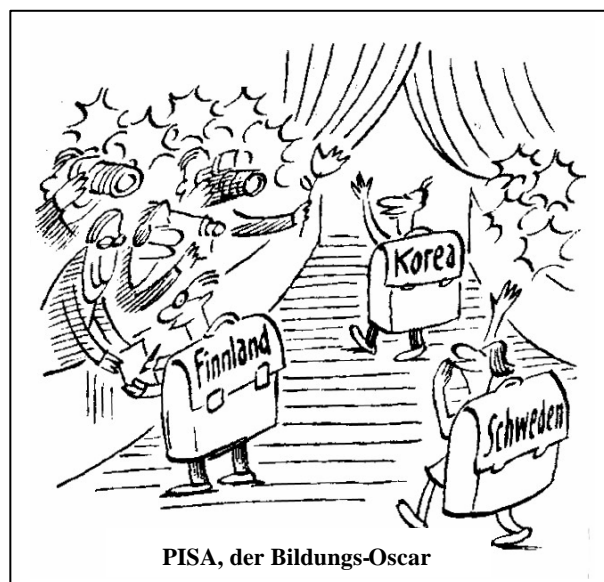
In den neueren Veröffentlichungen bin ich auf den entsprechenden Wert „Nettounterrichtszeit“ leider noch nicht gestoßen. Auch dies muss im Auge behalten werden.

- Die Lernstandserhebungen, die es an unseren Schulen im Herbst 2004 gegeben hat, und zwar in der Primarstufe in den Klassen 4 und in der Sek.I in den Klassen 9, liegen ausgewertet noch nicht vor. Wir als Gewerkschaft möchten kein Ranking. Wir möchten nicht Schule gegen Schule ausspielen. Wir sind aber dennoch interessiert, die Ergebnisse regionalisiert ausgewertet zu bekommen. Unsere Hypothese ist, dass der Emscher-Lippe-Raum, dass speziell Gelsenkirchen hier nicht besonders gut abschneiden wird und dass unsere Forderung nach regionalispezi-

fischer Förderung endlich nachgegangen werden muss.

Nach der Durchführung der Lernstandserhebungen in der Grundschule hat der Fachgruppenausschuss der Grundschule in unserem Landesverband eine erste Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme mitsamt den Forderungen, die sich daraus ergeben, werden wir in der Zeitung GE – W 138 Extra, die zur Personalversammlung für Grund- und Hauptschulen erscheint, abdrucken. Wir würden uns freuen, wenn diese Gesichtspunkte zu einer Diskussion in der Lehrerschaft führen würden.

K.H. Mr.



Rechenschaftsbericht 2004



Alfons Kunze

Stadtverbandsvorsitzender

- 14.01.04 Jahreshauptversammlung
„2 Jahre nach PISA:
Ist die Landesregierung von allen guten Geistern verlassen?“
- 17.02.04 Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen „Arbeitslast der Lehrerinnen und Lehrer“
- 05.03.04 Trio Hitzefrei (Kabarett)
Wo lernen sie denn?
Unser böses Schulprogramm 2004
- 25.-27.03.04 in Bochum
Gewerkschaftstag GEW – NRW
- 02.04.04 Anschreiben an Vertrauensleute
„Sonderpädagogische Förderung sichern“ / Unterschriftenaktion
- 07.05.04 Pressekonferenz
Sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern;
Sonderpädagogische Förderung in Gefahr
- 02.06.04 Pressegespräch mit der WAZ am
29.05.04
„Lehrer fühlen sich alleine gelassen.“
- 08.06.04 Personalratswahlen
- 24.06.04 Gespräch mit
Barbara Oehmichen, Verdi und
Dr. Josef Hülsdünker, DGB
- 30.06.04 Untergliederungsversammlung
- 02.07.04 Pressemitteilungen:
- Etatsperre für die Stadtbibliothek
 - Ergebnisse der Personalratswahlen an den Schulen in Gelsenkirchen
- 13.07.04 Bildungskonferenz Gelsenkirchen
GEW protestiert mit Transparent
„Ohne Moos – Kinder chancenloos“
- 16.07.04 Pressekonferenz zur Stuhllaktion
- 16.07.04 Leere Stühle auf dem Neumarkt / Aktion in der City
Mit leeren Stühlen weisen GEW und DGB auf den Bildungsnotstand in der Stadt hin und fordern einen „Masterplan Bildung für das nördliche Ruhrgebiet
- 19.07.04 Emscher-Lippe-Konferenz / Bildungsoffensive Ruhrgebiet
- 28.09.04 Pressemitteilung / Bildungspolitischer Aktionstag der GEW
Plakatierung der GEW Gelsenkirchen durch Stadtwerbung
- 28.09.-08.10.04 Anmietung von 3 Plakatwänden an der Horster Straße und Bismarckstraße zur Bildungskatastrophe in Gelsenkirchen
- 02.12.04 - Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Sonderschulen
„Zukunft der Schulen in Gelsenkirchen auf Grundlage der neuen Schulgesetzgebung“
- Untergliederungsversammlung

Stadtverbandszeitungen 2004

- | | | |
|-----------|------|------------------|
| Februar | 2004 | GE – W 136 Extra |
| Juni | 2004 | GE – W 137 Extra |
| September | 2004 | GE – W 137 |

Alfons Kunze

Seebeben in Südostasien

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer auf, den

SPENDENAUFRUF

Zusammenfassung der Ergebnisse von PISA 2003 im Internet:

www.gew.de - www.ipn.uni-kiel.de
www.kmk.org - www.oecd.org

Informationen aus dem Hauptpersonalrat Grund- und Hauptschulen

1. Qualitätssicherung

Mit dem Ablauf der Lernstandserhebungen ist man im MSJK zufrieden. Es hätte zwar technische Probleme und andere Pannen gegeben, aber die Fristen hätten eingehalten werden können. Man hatte mehr technische Probleme erwartet. Alle vom HPR vorgetragenen Kritikpunkte zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung wurden zwar zur Kenntnis genommen, aber mit dem Hinweis, es wäre das erste Verfahren und es wäre noch zu früh zu einem endgültigen Fazit, abgewiesen. Man bereitet bereits VERA 2005 vor; ob und wie viele der unzähligen Kritikpunkte zu Verbesserungen führen werden, blieb unklar. Die Dienststelle verwies bzgl. der Ergebnisveröffentlichung auf den Erlass vom 16.08. 2004.

Hier ist die GEW im politischen Feld gefordert, wir versuchen im Verbund mit den anderen sechs Ländern auf VERA Einfluss zu nehmen.

Im Hauptschul-Bereich liegen noch keine Ergebnisse vor, es zeichnet sich aber ab, dass vor allem in Englisch die Hauptschul-SchülerInnen überfordert waren.

2. Gemeinsamer Unterricht

Mit Hinweis auf den Runderlass zu den Berichten der Schulaufsicht und dem Entwurf der AO-SF fragte der HPR nach, in welchem Umfang sonderpädagogische Förderung abgebaut werden soll. Die Dienststelle stellte fest:

- Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden weiterhin sonderpädagogisch gefördert.
- Es gibt keinen Druck aus dem MSJK Verfahren abzulehnen.
- Es ist der Dienststelle nicht bekannt, dass in den Schulämtern VO-SF zurückgewiesen, nicht eingeleitet o.ä. werden. Dies wäre nicht vom MSJK veranlasst.

Der HPR wurde aufgefordert, Fälle zu nennen, in denen anders gehandelt worden ist.

Kommentar: Das MSJK zieht sich aus der Verantwortung für die Maßnahmen, die in den Schulämtern durchgeführt werden.

3. Fortbildung

Zum Thema **Entwicklung der Fortbildungsstrukturen** erklärte die Dienststelle, dass die Budgetierung der Fortbildungsmittel und Bewirtschaftung dieser Haushaltsmittel durch die Schulen bis zum 31.12.2005 erprobt, Erfahrungen dieser Verfahrensregelungen dann ausgewertet würden.

Der Schwerpunkt der Fortbildung läge deshalb eindeutig bei der schulinternen Fortbildungsplanung, die die Schulen im Rahmen von Schulentwicklung selbst beschließen.

Auf die Nachfrage, wie das mit den Mini-Budgets in unseren Schulformen wohl zu bewerkstelligen sein solle, erhielten wir die Antwort, es sei keine Schule bekannt, die mit dem Geld nicht auskäme, eher Schulen, die meldeten, dass sie keine Zeit hätten, das Geld auszugeben.

(Man hätte was merken können im MSJK!!! Wenn man gewollt hätte...)

Fortbildungsangebote zu den verschiedenen bildungspolitischen Schwerpunkten, z.B. Englisch, Schuleingangsphase, jahrgangsübergreifendem Lernen, Richtlinien und Lehrplänen gäbe es reichlich; die Schulen müssten sie nur nachfragen.

4. Mitarbeitergespräche

In allen öffentlichen Verwaltungen sind ab 2005 Mitarbeiter- oder Jahresgespräche vorgesehen. Dies gilt nicht für die Schulen. Für eine entsprechende Rechtsgrundlage bedürfte es eines Kabinettsbeschlusses, der zumindest vor der Wahl nicht mehr zu erwarten sei. Der vom HPR vorgetragene Widerspruch zwischen laufenden Fortbildungen der Schulleitungen (hier fordert der HPR weiterhin Mitbestimmung ein) und Mitarbeitergesprächen, für die es keine Rechtsgrundlage gäbe, wurde mit den Hinweisen, es hätte dafür kurzfristig Gelder gegeben und Schulleitungen sollten immer mit ihren KollegInnen sprechen, abgewiesen. Im nächsten Mitarbeiter-Informationsdienst gibt es zu diesem Thema weitere Informationen.

5. Lehrereinstellungen/Landeshaushalt

Stellenbesetzung Grundschule

Nach der Oktoberstatistik 2004 sollen die Grundschulen mit ca. 800 Stellen überbesetzt sein wegen geringerer Schülerzahlen als im Haushalt geschätzt. Dies wird zu einer deutlichen Reduzierung der Einstellungen für 2005 führen. VPL-Stellen sind besetzt, das Geld für „Geld statt Stellen“ in den Grundschulen ist verbraucht, angesichts des Überhangs gehe das MSJK davon aus, dass wenig Unterricht ausfallen würde.

Stellenkapitel Hauptschule

Das Kapitel Hauptschule weist, bedingt durch geringere Pensionierungszahlen und rückläufige Schülerzahlen, derzeit einen Überhang von 390 Stellen (= ca. 2 %) auf. Das wird dazu führen, dass neben den bereits gestrichenen Einstellungsmöglichkeiten zum 01.02.2005 das Einstellungskontingent zum 01.09.2005 geringer als erwartet ausfallen wird. Demzufolge wird auch das Problem „Seiteneinsteiger“ kurzfristig für diese Schulform kein Thema sein, da, bedingt durch den in der Grundschule ebenfalls bestehenden Überhang, die Möglichkeit bestehen wird, auf P-Kräfte zurückzugreifen. Mittel- bis langfristig werden sich die Einstellungschancen trotz sinkender Schülerzahlen aufgrund steigender Pensionierungszahlen verbessern.

Schulsozialarbeiter Hauptschule

Für die Zeit nach 2006 (Ablauf der Befristung) sucht man im Ministerium derzeit nach einer „landesweiten Lösung“. Die Frage, wie diese aussieht und ob die Schulsozialarbeiter dann auf Lehrerstellen geführt werden, blieb unbeantwortet.

Klar scheint aber zu sein, dass es vorläufig aufgrund der Finanzlage des Landes keine Ausweitung durch das Land geben wird, auch nicht für die Kolleginnen und Kollegen, die nur eine Stelle haben. Das Land habe hier nur originäre Aufgaben der Kommunen übernommen. Die seien nun in der Pflicht.

Stellenbörse

Ab dem nächsten Jahr plant das MSJK eine Stellenbörse im Internet, in der Schulen befristete Stellen ausschreiben können.

Nachtragshaushalt

Durch den Nachtragshaushalt konnte erreicht werden, dass zum 01.02.05 alle Lehramtsanwärter einen Ausbildungsplatz erhalten, der geplante Numerus clausus entfällt. **Ein Erfolg der GEW!!**

6. Schuleingangsphase

Bis zu den Herbstferien sollte der Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte bekannt sein (so eine Anweisung des MSJK an die Bezirksregierungen). In 38 von 54 Schulämtern/Kreisen ist dieser Stand erreicht. Der Einsatz soll in der Regel an 2 Schulen (bedeutet: maximal an 2 Schulen) stattfinden. Eine halbe Stelle pro Schulamt soll für die Beratung genutzt werden. Die Rückmeldungen an uns zeigen jedoch ein kunterbuntes Vielerlei. In der Hausabstimmung befindet sich z.Zt. ein Papier bzgl. der Aufgabenprofile der sozialpädagogischen Fachkräfte. Es ist als Rahmen gedacht – die Aufgaben können je nach Standort unterschiedlich sein. Wir informieren dazu weiter.

7. Folgende Aspekte sieht das MSJK als Vorgaben für die begleitenden Förderkonzepte zum 01.02.2005:

- die individuelle Förderung des fachlichen und sozialen Lernens,
- das gemeinsame Lernen an gemeinsamen Inhalten zur Sicherstellung des Lernens von schnellen und langsamen Lernern,
- die Sicherung der individuellen Verweildauer im sozialen Kontext,
- die Integration der (ehemaligen) Schulkindergartenkinder,
- die konzeptionelle Erarbeitung und Weiterentwicklung offener Unterrichtsformen – hin zum jahrgangsübergreifenden Arbeiten.

Eine klare Zieldefinition gibt es bzgl. der einzelnen Modelle für die Schuleingangsphase, d.h. nur 4 Modelle jahrgangsübergreifenden Arbeitens werden akzeptiert:

1/2 jahrgangsübergreifend; 3 + 4 jahrgangsbezogen
1-3 jahrgangsübergreifend: 4 jahrgangsbezogen
1/2 jahrgangsübergreifend; 3/4 jahrgangsübergreifend
1-4 jahrgangsübergreifend
1,2,3,4 jahrgangsbezogen (mit Zustimmung der
Schulkonferenz)

Schon **jetzt** bestehende andere Modelle (z.B. Aufsteigermodell oder Olfener Modell) dürfen weiterlaufen, jedoch nicht neu eingeführt werden.

red.

Neubau als ein Zeichen der Hoffnung

Altstadt: Grundstein für die neue Synagoge gelegt / 350 Zuschauer an der Gildenstraße / Baubeginn im Frühjahr 2005

Von Tobias Ertmer

Die Verteilung der obligatorischen Kopfbedeckungen vor der Grundsteinlegung zeigte den Stellenwert der neuen Synagoge und ihrer Jüdischen Gemeinde in Gelsenkirchen: Zu viele Menschen – zu wenig Käppchen (Kippah). Rund 350 Zuschauer verfolgten 66 Jahre nach der Zerstörung des Gotteshauses den Neubeginn an der Gildenstraße.

Es war zehn Minuten nach 12, als Fawek Ostrowiecki und Judith Neuwald-Tasbach die Metallrolle in den Beton-Grundstein auf dem Platz an der Gildenstraße / Ecke Sparkassenstraße einmauerten. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde und die Tochter des verstorbenen Ehrenbürgers Kurt Neuwald hatten damit genau 66 Jahre nach dem Niederbrennen des Gotteshauses in der Pogromnacht am 9. Nov. 1938 ein Zeichen für den Neuanfang gesetzt. Der etwa ein Meter hohe Betonsockel trägt nun die Tageszeitungen von gestern, Fotos der alten Synagoge, eine Liste der 450 Gemeindemitglieder, die letzte Ausgabe der Jüdischen Allgemeinen Zeitung und einige Euro-Münzen im Innern.

Steinbrück und

Spiegel zu Gast

Der Stein soll bis zum Baubeginn an der Gildenstraße stehen – laut Architekt Reinhard Christfreund „spätestens Ostern 2005“. Dann wird der Betonsockel in das Foyer des neuen Gemeindezentrums integriert. Rund 200 Menschen sollen hier ab 2006 Platz finden. Der Bau kostet etwa 5,2 Millionen Euro und wird zu jeweils einem Drittel von Land, Stadt und Gemeinde finanziert.

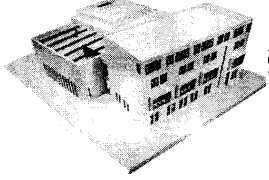
Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD) hob in seiner Rede die Symbol-



kraft des Neubaus hervor: „Der Bau der neuen Synagoge ist vor allem ein Zeichen für das Erstarke der Jüdischen Gemeinde und für das neue Selbstbewusstsein, mit dem diese große Gemeinde in die Öffentlichkeit tritt.“ Baranowski zeigte sich froh darüber, dass es gelungen sei, „so viele Unterstützer aus so vielen Bereichen zu gewinnen.“ Ins Gästebuch trugen sich auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, und NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück ein. „Wir demonstrieren damit, dass ein Neuanfang in Deutschland möglich ist“, sagte Paul Spiegel in seiner Rede. Er

wies außerdem auf die Bedeutung der Zuwanderer aus Osteuropa hin, „ohne die dieser Neuanfang nicht möglich gewesen wäre.“ Spiegel warnte aber auch vor einem neuen Erstarke des Rechtsradikalismus in Deutschland. Ministerpräsident Peer Steinbrück sagte: „Wenn wir heute diesen Grundstein legen, dann begehen wir dieses in der Hoffnung auf eine gute Zukunft, aber auch in Erinnerung an diejenigen, die einem mörderischen System zum Opfer gefallen sind.“

Foto: Joachim Kleine-Büning
Buersche Zeitung: 10.11. 2004



Synagoge und jüdische Gemeinde in Gelsenkirchen





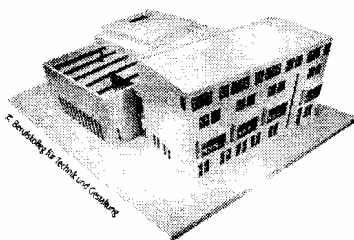
Die Gegenwart

Bis Ende der 1980er Jahre blieb die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde in Gelsenkirchen konstant bei lediglich 70 – 80 Mitgliedern, während im Jahre 1933 noch mehr als 1.600 Juden in Gelsenkirchen gelebt hatten. Auch auf Bundesebene lag die Zahl bis 1990 mehr als drei Jahrzehnte lang bei rund 30.000 Juden. Dies änderte sich, als Deutschland nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zu einem Einwanderungsland für *sowjetische Juden* wurde. Heute verzeichnen die jüdischen Gemeinden in Deutschland wieder ca. 100.000 Mitglieder. Die Zuwanderung eröffnet die Chance, jüdisches Leben in Deutschland endlich wieder auszubauen.

Auch in Gelsenkirchen ist die Mitgliederzahl auf rund 450 Mitglieder (Stand: Sommer 2004) angestiegen. Die kleinen Räumlichkeiten in der Von-der-Recke-Straße sind längst nicht mehr ausreichend. Die Synagoge fasst nur 80 Menschen, die Räume für Sprachkurse, religiöse Unterweisung und Gemeindegemeinschaften platzen aus allen Nähten.

Eine *neue Synagoge* wird daher dringend benötigt. Ging es Anfang 2001 der Initiatorin Karin Clermont zunächst um eine gemeinsame Nutzung des Standorts der alten Synagoge durch die Sparkasse und die jüdische Gemeinde, wurden im weiteren Verlauf Pläne mit dem Gelsenkirchener Architekturbüro Christfreund & Mihsler entwickelt, die die jetzige Nutzung vorbereiteten.

Zur Entwicklung eines Finanzierungs- und Bauplanes entstand ein Beirat aus Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde, der Stadtverwaltung, der evangelischen und der katholischen Kirche, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sowie wichtigen Einzelpersonlichkeiten. Der Rat der Stadt begrüßte im Juli 2001 diese Initiative ausdrücklich. Das Architekturbüro Christfreund & Mihsler



Auf der lange als Parkplatz genutzten Fläche erinnert seit 1963 eine Gedenktafel an die erste Synagoge, seit 1993 heißt der Platz offiziell „Platz der Synagoge“.

Modell des Gelsenkirchener Architekturbüros Christfreund & Mihsler; vorn der Wohn- und Verwaltungskomplex, hinten links der große Vorraum, hinten rechts die Synagoge

Aufruf

Der Bau der Synagoge ist eine Aufgabe, die auch das Zusammenleben, das Gesellschaftliche und politische Gefüge einer Stadt betrifft und von den Menschen in der Stadt mitgetragen werden sollte. Dabei geht es nicht nur um eine späte Wiedergutmachung, sondern ganz wesentlich darum, jüdischem Leben wieder eine Zukunftsperspektive und eine (religiöse) Heimat zu geben. Über dem Eingang der zerstörten Bueraner Synagoge stand auch der Spruch: „Mein Haus ist ein Haus der Gebete für alle Völker“. In diesem Sinne will die neue Synagoge selbstverständlicher Teil des städtischen Gemeinwesens werden. Hier setzt sich der Anfang 2004 gegründete Verein Neue Synagoge Gelsenkirchen e.V. ein und bittet die Bürgerinnen und Bürger der Stadt um Unterstützung für den Synagogenbau.



Als Symbol wählte sich die Jüdische Gemeinde die Menora. Die Menora war ursprünglich eine Öllampe, deren sieben Dochte in einer Reihe oder im Kreis angeordnet waren. Sie wird am Vorabend des Schabbat angezündet. Schon seit der Antike ist die Menora das wichtigste Symbol jüdischen Lebens, seit dem Mittelalter ist sie das Symbol für den „Dritten Tempel“, d.h. für die Zeit nach der Ankunft des Messias.

legte im Januar 2002 den Entwurf einer neuen Synagoge vor, der von der Gemeinde befürwortet wurde.

Bei den Trauerfeierlichkeiten für Kurt Neuwald im April 2001 hatte Ministerpräsident Wolfgang Clement Unterstützung durch das Land NRW angeboten. Im November 2001 fanden erste Gespräche mit der Staatskanzlei statt, die im Dezember 2002 zum Abschluss kamen. Leider verzögerte sich der Bewilligungsbescheid, so dass erst *Ende 2004 Baubeginn* sein wird. Die Kosten (ca. 6 Mill. Euro) für die Baumaßnahme teilen sich mit je einem Drittel die Stadt Gelsenkirchen, das Land NRW und die Gemeinde.

Der Entwurf für die neue Synagoge zeigt die schlichte, kubische Form, die sich durch einen größtmöglichen Lichteinfall in die verschiedenen Gebäudeteile auszeichnet. Zur Gildenstraße hin wird es einen Komplex mit Verwaltungs-, Schulungs- und weiteren Gemeinderäumen sowie Wohnungen geben. Dahinter ist ein großer, offener Vorraum und die Synagoge gelagert, aus leider notwendigen Sicherheitsgründen ohne direkte Verbindung zum Wohnhaus. Der kürzlich zusammengestellte Bauausschuss wird nun Entwurf, Finanzierungsrahmen und Ausgestaltung in Einklang bringen. Eine Orgel wird die neue Synagoge nicht bekommen, da die Gemeinde sich vorwiegend als „traditionell“ definiert.



Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Fawek Ostrowiecki und Judith Neuwald-Tasbert (2.v.l.) freuen sich zusammen mit Oberbürgermeister Oliver Wittke (2.v.r.) über historische Kultusgegenstände aus einem Betraum im Weka-Gebäude. Randolph Hopp (l.) war ohne Kenntnis des Hintergrunds in ihren Besitz gelangt und gab sie nun zurück.

ISG Veranstaltungsreihe des Instituts für Stadtgeschichte

Das Institut für Stadtgeschichte führt in der Dokumentationsstätte "Gelsenkirchen im Nationalsozialismus" regelmäßig Veranstaltungen am letzten Mittwoch im Monat durch. Die Veranstaltungen sollen ein Forum bieten, mit ausgewiesenen Fachleuten verschiedene Themen aus der Geschichte des Nationalsozialismus und aus der politischen und pädagogischen Auseinandersetzung mit dem "Dritten Reich" öffentlich zu diskutieren.

Der Besuch der Veranstaltungen wie auch die Beteiligung an den unterschiedlichen Aktivitäten in der Dokumentationsstätte sind kostenlos.



Kinder bei der Essensausgabe

In diesem Jahr jährt sich zum 60. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. die Befreiung vom Nationalsozialismus. Mit den Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2005 möchten wir insbesondere an die historischen Ereignisse im Umfeld des Geschehens vor 60 Jahren erinnern.

Mittwoch, 23. Februar 2005, 19.30 Uhr

Die Entschädigung für NS-Opfer in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er- und 60er-Jahren

Vortrag von Matthias Langrock, Dortmund, mit anschließender Diskussion

Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit versuchten die Länder, und später der Bund Opfer des Nationalsozialismus für das Leid zu entschädigen, das diese in zwölf Jahren Diktatur erlitten hatten. Geld konnten Opfer dabei unter anderem als Entschädigung für Haft, gesundheitliche Schäden oder den Verlust ihres Arbeitsplatzes erhalten.

Im Vortrag wird gezeigt, wie die Gesetzgeber die Entschädigung konzipierten und wie die Entschädigungsgesetze im Laufe der Jahrzehnte verändert wurden. Im Blick wird insbesondere stehen, inwiefern verschiedene Opfergruppen bevorzugt oder benachteiligt waren oder gar nicht berücksichtigt wurden. Ein zweiter Schwerpunkt des Vortrages liegt darauf, die Entschädigungspraxis zu schildern. Es soll gezeigt werden, wie die Entschädigung vor Ort ablief, auf welche Hindernisse und Probleme Antragsteller und Behördenmitarbeiter stießen und welche Ungerechtigkeiten bei den Verfahren auftreten konnten.

Mittwoch, 27. April 2005, 19.30 Uhr „Ruinenkinder“

Vortrag von Dr. Jürgen Priamus, Gelsenkirchen, mit anschließender Diskussion

Mitte April 1945 war der Zweite Weltkrieg für das Ruhrgebiet endgültig beendet.

Allerdings hatte dieser Krieg nicht nur ein Meer an Trümmern und Schutt hinterlassen. Auch die Menschen, nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen, die man zumeist evakuiert hatte und die die letzte Kriegsphase in der „Kinderlandverschickung“ verbracht hatten, waren oft innerlich zerbrochen.

Der Vortrag will vor diesem Hintergrund den innerlichen und äußerlichen Überlebenskampf der jungen Generation im Ruhrgebiet in der unmittelbaren Nachkriegszeit nachzeichnen und analysieren.

Mittwoch, 25. Mai 2005, 19.30 Uhr

Der Ruhrkessel – Das Ende im Westen

Vortrag von Dr. Holger Germann, Herne, mit anschließender Diskussion

Nachdem die Amerikaner Anfang März 1945 bei Remagen den Rhein überschritten, begann die Einkreisung des Ruhrgebiets. Für die Alliierten war die Einnahme dieser Region die Voraussetzung für einen Sieg über Deutschland.

Trotz der schweren Bombenangriffe in den Vorjahren, stellte das Ruhrgebiet noch immer ein wichtiges Rüstungszentrum dar. Das galt insbesondere für die Produktion von Panzerstahl, schwerer Artillerie, Öl und Benzin. Als am 1. April 1945 die 1. und 9. US-Armee in Lippstadt zusammentrafen, war die Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Walter Model eingeschlossen. Der so genannte Ruhrkessel erstreckte sich nun zwischen Rhein, Ruhr und Sieg auf einer Fläche von etwa 6000 Quadratkilometern. Materiell und personell unterlegen mussten am 17. April 1945 ca. 325.000 deutsche Soldaten den Weg in die Gefangenschaft antreten. Drei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation schwiegen im Ruhrgebiet nun endgültig die Waffen.

Mittwoch, 29. Juni 2005, 19.30 Uhr

Kommunalpolitik in Gelsenkirchen nach 1945

Vortrag von Margit Wiegold-Bovermann, Hattingen, mit anschließender Diskussion

Gelsenkirchen war wie alle Ruhrgebietskommunen 1945 in weiten Teilen zerstört.

Mit großer gemeinsamer Anstrengung der Menschen vor Ort gelang es in den folgenden Jahren, die Schäden allmählich zu beseitigen und die Städte wieder bewohnbar und lebenswert zu machen. Wie gestaltete sich das politische Leben in den Ruinen und der allmählich wieder aufgebauten Stadt? Wer waren die Menschen, die in den Jahren nach dem Krieg die politische Verantwortung übernahmen? Welche Ziele verfolgten sie und welche Bedingungen fanden sie vor, um ihre Vorstellungen zu verwirklichen? Diesen und ähnlichen Fragen zur Geschichte Gelsenkirchens nach dem Zweiten Weltkrieg soll in dem Vortrag nachgegangen werden.

Weitere Programmangebote in der Dokumentationsstätte "Gelsenkirchen im Nationalsozialismus"

Aufgrund von Anregungen und Nachfragen von Besuchergruppen bietet das Institut für Stadtgeschichte neben seinen regelmäßigen Veranstaltungen zur Beschäftigung mit Fragen der Geschichte des Nationalsozialismus und der Geschichte der Stadt Gelsenkirchen während des "Dritten Reiches" weitere Veranstaltungen auf Anfrage an.

Führungen

Führungen für Gruppen durch die Dauerausstellung in der Dokumentationsstätte "Gelsenkirchen im Nationalsozialismus" können unter der angegebenen Tel.-Nr. vereinbart werden.

Nach Absprache können bei Führungen durch die Dokumentationsstätte bestimmte Themenschwerpunkte, die die jeweiligen Besuchergruppen besonders interessieren, berücksichtigt werden. Zur Vorbereitung auf einzelne Themenschwerpunkte stehen für die pädagogische Arbeit in der Dokumentationsstätte Materialmappen, die ausgeliehen werden können, zur Verfügung. Diese Materialmappen enthalten vertiefende Informationen, Kopiervorlagen, Overheadfolien und Dias zur Vor- und Nachbereitung von Besuchen in der Dokumentationsstätte. Materialmappen liegen zu folgenden Themen vor:

- Aufstieg der NSDAP und "Machtergreifung" in Gelsenkirchen,
- die nationalsozialistische Ideologie und ihre Konsequenzen,
- Kindheit und Jugend in Gelsenkirchen während des Nationalsozialismus,
- Verfolgung und Widerstand in Gelsenkirchen, Kommunalpolitik in Gelsenkirchen 1933-1945.

Zur Dauerausstellung ist ein Katalog erschienen, der in der Dokumentationsstätte käuflich erworben werden kann: Institut für Stadtgeschichte (Hg.), Dokumentationsstätte "Gelsenkirchen im Nationalsozialismus", Essen 2000 (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Materialien, Bd. 5).

Historische Stadtrundfahrten

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den speziellen Entwicklungen in Gelsenkirchen während des "Dritten Reiches" bietet das Institut für Stadtgeschichte auch an, Gruppen bei Stadtrundfahrten durch Gelsenkirchen zu begleiten und sie zu den Schauplätzen der historischen Ereignisse zu führen. Dabei können die überlieferten Reste und Zeitzeugnisse in der Stadt oft ein anschauliches Bild der Geschichte des Nationalsozialismus vermitteln. Je nach Wunsch können bestimmte Themen in den Vordergrund der Stadtrundfahrten gestellt werden - beispielsweise die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bürger Gelsenkirchens, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder auch die Ereignisse speziell in Buer oder in Gelsenkirchen.

Interessierte Gruppen sollten den Bustransport selbst organisieren und die Führung möglichst frühzeitig in der Dokumentationsstätte selbst oder unter der angegebenen Tel.-Nr. vereinbaren.

Die wichtigsten Stationen der Stadtrundfahrten finden sich auch in dem Buch: Institut für Stadtgeschichte (Hg.), Historische Spuren vor Ort – Gelsenkirchen im Nationalsozialismus, Essen 1998 (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Materialien, Bd. 3).

Tagesseminare und integrierte Programme „nach Maß“

Für Interessierte und auch Gruppen bietet das Institut für Stadtgeschichte Tagesseminare an, die sich vertiefend mit einzelnen Themenkomplexen aus der Geschichte der NS-Zeit beschäftigen. Solche

Tagesseminare werden auf Anfrage interessierter Gruppen gemeinsam mit diesen vorbereitet. Auf spezielle Wünsche, Struktur und Interessen der Gruppen wird jeweils eingegangen.

Das Institut für Stadtgeschichte bietet für interessierte Gruppen und Schulklassen neben Führungen durch die Ausstellung in der Dokumentationsstätte auch Unterstützung bei umfassenderen und längerfristigen Projekten zur Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus an. So kann in der Dokumentationsstätte für wissenschaftliche und pädagogische Arbeiten mit dem dort vorhandenen Originalbestand zeitgenössischer NS-Literatur zu verschiedenen Themenbereichen gearbeitet werden. Technische Einrichtungen für Medieneinsatz (Video, Dias, Overhead) stehen zur Verfügung. Eine Beratung über die Beschaffung sinnvoller Medien ist möglich. Verschiedene Programmelemente können miteinander kombiniert werden. Beispielsweise können nach einer Führung durch die Ausstellung im Rahmen einer "historischen Stadtrundfahrt" die Schauplätze des historischen Geschehens besichtigt werden. Absprachen über Programme "nach Maß" können in der Dokumentationsstätte während der Öffnungszeiten getroffen werden.

Anfahrtskizze

Institut für Stadtgeschichte
Dokumentationsstätte "Gelsenkirchen im Nationalsozialismus"
Cranger Straße 323
45891 Gelsenkirchen

Verkehrsverbindung

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist die Dokumentationsstätte vom Hauptbahnhof Gelsenkirchen und vom Rathaus Buer mit der Straßenbahnlinie 301 erreichbar - Haltestelle "Marktstraße".

Öffnungszeiten

dienstags bis freitags
von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr
an Feiertagen und in den Ferien geschlossen

Information und alle Vereinbarungen: 02 09/1 69-85 52
e-mail: doku-ge@institut-fuer-stadtgeschichte.de
e-mail ISG: sekretariat@institut-fuer-stadtgeschichte.de

Eine Einrichtung in Trägerschaft der Stadt Gelsenkirchen
Herausgeber: Institut für Stadtgeschichte – 2004.



DAS PORTRÄT

Ein doppelter Grund zur Gratulation

Name: Ulrich Thamer, **Alter:** 60, **Beruf:** Facharzt für Nervenheilkunde, **Hobbys:** Klavier spielen, Lions-Club

Samstag letzter Woche erst hatten die Mitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe ihn zum Vorsitzenden gewählt. Heute feiert Dr. med. Ulrich Thamer, Facharzt für Nervenheilkunde und Psychotherapeutische Medizin seinen 60. Geburtstag – ein doppelter Grund zur Gratulation.

Die ärztliche Laufbahn begann der gebürtige Hagener im Münsterland. Nach dem Medizinstudium in Münster und Lübeck absolvierte er seine Assistenzzeit in Rheine und Lengerich. Bis 1980 arbeitete Dr. Thamer im Knappschaftskrankenhaus Recklinghausen, dann ließ er sich in der eigenen Praxis in Gelsenkirchen nieder. Neben der Arbeit für die Patienten gehört Thamers Engagement der Berufspolitik und der ärztlichen Selbstverwaltung: Seit 1989 gehört er der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe an, 1993 wurde Thamer erstmals in den Vorstand gewählt, 2001 deren Vorsitzender. Viele Jahre schon ist Dr. Thamer Vorsitzender des Ärztevereins Gelsenkirchen. Patienten, Kollegen und Verhandlungspartner schätzen seine ausgleichende Art. Bisweilen schlägt er allerdings auch andere Töne an – am Klavier. Denn die Liebe zur Musik gehört zu seiner Freizeit ebenso wie das Engagement bei Amnesty International.

BZ: 25.11.04

Vorschau auf Heft GE – W 139:

Anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes am 08. Mai 1945 wird der Stadtverband ein Themenheft zu dieser Thematik herausbringen. Es ist geplant, dass dies nach den Osterferien an die Schulen gehen soll. Sie werden das Heft evtl. schon in den Ferien im Internet finden (gew-gelsenkirchen.de), so dass Sie sich diese Texte und Statistiken für Ihren Unterricht herunterladen können.

K.-H. Mr.

Zum Kommentar von Alfons Kunze „Erlernen der deutschen Sprache ist Bringschule“ in GE – W 137 erreichten uns mehrere kritische Leserbriefe. Stellvertretend drucken wir an dieser Stelle einen in voller Länge ab. red.

Leserbrief zum „Kommentar: Erlernen der deutschen Sprache ist Bringschuld“ von Alfons Kunze

Alfons Kunze, ein engagierter Lehrer und langjähriger Vorsitzender der GEW Gelsenkirchen, schreibt in der letzten Ausgabe der GEW-Zeitung einen ungeschminkten Kommentar zur Misere der Sprachprobleme der Migrantenkinder und auch zum sonst mit diesem Thema verbundenen Missstand im Allgemeinen.

Zugegeben, das ist eines der alten zentralen Probleme, die wir derzeit in Deutschland im Zusammenhang mit Migration haben. Und dafür brauchen wir nicht mal die aktuellen PISA-Ergebnisse auszuwerten. Aber neu ist in der Diskussion der Paradigmenwechsel, auch innerhalb des linksliberalen Spektrums. Wurde bisher weitgehend auf *die vielfältigen Hindernisse* bei der Integration der Migranten und ihrer Kinder hingewiesen, so richtet sich der Blick zunehmend auf die Migranten selbst. Es sind die Begrifflichkeiten, die dies z.B. bei A. Kunzes Kommentar

verdeutlichen: „parallele Welten“, „Abschottung“, „Heimatverbundenheit“ und nicht zuletzt, wie in der Überschrift genannt: „Bringschuld“. Hier wollen und brauchen wir nicht mal die Analysen und Forderungen der Konservativen als Beleg für diesen neuen Trend zu bemühen.

Nun genauer zum Text: A. Kunze wundert sich über die Ursachen der besagten Sprachmisere bei Schulanfängern und fragt sich: „Wie kann das sein?“ Er ist aber recht schnell fündig geworden und nennt nacheinander die Ursachen des Problems: Leben in Parallelgesellschaften, Heiratsmigration, Abschottung, Religiosität und Heimatverbundenheit. Man braucht keine hohe Analysekunst, um die Blickrichtung und damit die Schuldigen zu erkennen. Es sind nämlich die Migranten selbst, die alles vermässeln, trotz aller Bemühungen der Institutionen vor Ort wie Schule,

Gewerkschaften, Verwaltung etc.. Deshalb formuliert er die notwendigen Schritte: bessere Rahmenbedingungen und aber auch eine Aufklärungsoffensive, die den Eltern klar machen soll, dass „das Erlernen der deutschen Sprache Bringschuld“ ist. Ferner sollen die Eltern der Migrantenkinder einen Mentalitätswechsel vollziehen.

Es ist ja eigentlich soweit alles als Teil des Problems nachvollziehbar und auch keineswegs so neu. Das sehen viele Migranten auch nicht anders, selbst die, die an sich den Kern des Problems darstellen. Aber gehört zu diesem Problemkreis nicht auch die Mehrheitsgesellschaft? Sind die Migranten wirklich selbst an allem Schuld? Ist es nicht eine gegenseitige Abschottung, die das sprachliche Miteinander verhindert? Wollen die Migranten selbst ihre Kinder unbedingt in die Kindergärten und Grundschulen mit höchsten Konzentrationen von Migrantenkindern schicken, wo sie schön mit anderen Migrantenkindern ihre Muttersprache sprechen können und kein deutsch sprechen müssen? Wohnen die Migranten extra in Siedlungen, in denen sie sich abschotten können?

Ich hätte mir gewünscht, dass ein fachkundiger Kollege wie A. Kunze auch genauer darlegt, wie die Eltern diese Bringschule abtragen sollen. Sollen sie mit ihren Kindern selbst deutsch sprechen? Sollen sie ihre Kinder zur Sprachnachhilfe schicken? Was sollen sie genau tun, damit ihre Kinder mit sehr guten Sprachfähigkeiten in die Schule kommen?

Ich denke, dass in der derzeitigen Situation einfache Antworten nicht weiter helfen. Das Problem ist gravierend und existenziell wichtig für das friedliche Miteinander der Migranten und „Einheimischen“. Aber es reicht nicht aus, wenn man in unserer Zuwanderungsgesellschaft mit vielschichtigen Problemen bezüglich der Sprachmisere allein den Migranteltern die ganze Schuld in die Schuhe schiebt. Ich bin natürlich auch sofort dabei, bei der geforderten Aufklärungsoffensive. Aber wir müssen uns alle um umfassende Lösungen und Alternativen bemühen, Migranten genauso wie die Aufnahmegesellschaft. Dabei sollten wir jedoch nicht die Geduld verlieren, wenn manche Entwicklungen sich verzögern oder nicht so verlaufen, wie es wünschenswert wäre. Denn in

anderen Migrationsländern lief und läuft auch nicht alles nach Plan. Es gibt einfach keine Alternative zu *engagierten Menschen, guten Konzepten* und zum *Integrationswillen auf beiden Seiten* für eine bessere Sprachentwicklung und Integration.

**Rifki Midik
Munckelstraße 22
45879 Gelsenkirchen**

Ermittlungsverfahren gegen Lehrkräfte wegen des Verdachts der Vorteilsannahme

Ende des Jahres erhielten eine Reihe von Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen Post von der Staatsanwaltschaft. Ihnen wurde „zur Last gelegt, Anfang 2004 in Bottrop-Kirchhellen und an anderen Orten als Lehrer von der Fa. Warner Bros. Movie World einen sogenannten Familienpass entgegengenommen, angefordert oder verlangt zu haben, der (sie) und (ihre) Familien zu kostenlosem Eintritt binnen eines Jahres in 7 Freizeitparks in Europa berechtigte, wobei (sie) erkannt hatten, dass die Fa. Warner Bros. Movie World im Gegenzug hierfür erwartete, (sie) würden zeitnah mit einer Schulklasse einen Tagesausflug in den Freizeitparks (...) buchen.“ Die Staatsanwaltschaft fährt dann fort, dass über den freien Eintritt für die entsprechende Lehrkraft der Eintritt für die Familie und der Besuch anderer Freizeitparks eine „**unzulässige Vorteilsannahme in Bezug auf die dienstliche Stellung darstellt.**“ Laut Staatsanwaltschaft käme ein Vergehen gem. § 331 StGB in Betracht. Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, sich schriftlich zu äußern. Weiter heißt es dann in dem Brief: „**Eine Einlassung zur Sache ist jedoch entbehrlich, falls Sie den Sachverhalt einräumen, wobei ich davon ausgehe, dass Sie nicht vorbestraft sind. Für diesen Fall beabsichtige ich, von der Verfolgung dieses Vergehens abzusehen und Ihnen aufzugeben, als Auflage innerhalb einer Frist von 3 Monaten an die Staatskasse, (...) einen Geldbetrag von 300 Euro in monatlichen Raten von 100 Euro zu zahlen.**“

Und nun der Hintergrund: Verschiedene Kolleginnen und Kollegen im Lande hatten unaufgefordert von der Firma Warner Bros. eine Einladung zu einem Besuch im Freizeitpark Bottrop-Kirchhellen erhalten. Etliche hatten diese Einladung angenommen, teils alleine, teils mit Familie. Sie wurden durch den Freizeitpark geführt und erhielten Informationen und Erklärungen zu den Attraktionen und zu dem Ablauf in diesem Park. Während der Führung erhielten sie ein Päckchen geschenkt. Als sie die Verpackung zu Hause öffneten, fanden sie darin Eintrittskarten für weitere Freizeitparks in Europa. Gleichgültig, ob man diese Karten benutzt oder nicht, liegt nun ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft vor. Ursprünglich hatten konkurrierende Freizeitparks gegen Warner Bros geklagt und ihnen unlauteren Wettbewerb vorgeworfen. Als sie damit vor Gericht nicht durchkamen, haben sie dann die Kolleginnen und Kollegen, die an Führungen teilgenommen hatten, einzeln bei der



Staatsanwaltschaft wegen Vorteilsannahme angezeigt. Wie die Konkurrenten von Warner Bros. an diese Daten gekommen sind, bleibt im Dunkeln. In jedem Fall haben die Kolleginnen und Kollegen sehr viel Ärger. Hier ist guter Rat teuer, jedoch nicht, wenn man Mitglied der GEW ist. Hier ist man sicher, dass diese Vorfälle mit gutem anwaltlichen Rat im neuen Jahr im Sinne der Lehrkräfte abschließend positiv geregelt werden können. Andererseits -Vorteilsannahme und auch Bestechung sind Vergehen, die es in der Beamtschaft eigentlich nicht geben sollte. Dass die Staatsanwaltschaft hier sofort eingreift und die Angelegenheiten abschließend geklärt sind, ist sicherlich auch im Interesse der Beamtschaft. Diese Konsequenz der Staatsanwaltschaft würde ich mir natürlich auch im Bereich von Parteien, von Politikern, von Spendengeldern oder Stromkostenabrechnungen wünschen.

Karl-Heinz Mrosek

Seebeben in Südostasien

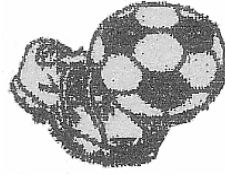
Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer auf, den

SPENDENAUFUFEN

Druck: Firma Blömeke, SRS GmbH
Resser Straße 59,44653 Herne

☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺

Auflage: 3800 Exemplare



18. Dez. 2004: Stau auf der A 43. Ich höre Radio, WDR 5. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt wird interviewt. Er berichtet von einer Karriere, aus seinen Erfahrungen als junger Mensch mit dem Hitler-Faschismus. Man streift die „Ereignisse“ in der Bundeswehr-Kaserne in Coesfeld. In diesem Zusammenhang erzählt Dieter Hildebrandt folgende Geschichte, die ich mir (eventuell ja Stau) sofort stichwortartig mitnotiert habe.

„Ein Lehrer macht mit seiner Klasse einen Ausflug. Es handelt sich um Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 – 15 Jahren. Ein Fernsehturm wird bestiegen. Oben auf dem Fernsehturm gibt der Lehrer folgende Anweisung: Jeder Schüler, der sich traut, vom Turm herunterzuspringen, um im freien Fall den Boden zu erreichen, wird sowohl im Fach Sport als auch im Fach Singen eine Eins erhalten.“

(Pause)

Hildebrandt fährt fort: „Hier ist die Geschichte zu Ende. Niemand wird glauben, dass es einen Lehrer gibt, der solch eine Anweisung geben wird. Ob es allerdings Schüler geben wird, die springen...
„Seit Coesfeld bin ich mir da nicht mehr so sicher.“

Soweit Dieter Hildebrandt.

Und nun der Transfer: Lehrerausflug, Bildungspolitiker als Ehrengäste, Fernsehturm! ...

Schreibe auf, wie die Geschichte weiter geht.

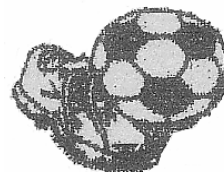
Karl-Heinz Mrosek

Richtig geil!

Gehört solch ein Wort hier hin?

Bei diesem Wort, das – recht inflationär – von Jugendlichen und Berufsjugendlichen für „toll, herausragend, großartig, aufregend“ usw. verwendet wird, zuckt das ältere Publikum stets zusammen, da es mit ihm „wollüstig sexuell erregt, lüstern“ verbindet. Doch eine Lanze für die Jugend. Sie hat den altgermanischen Bedeutungshorizont wiedereröffnet, denn ursprünglich stand „geil“ für kraftvoll, üppig, lustig, übermütig

Regionale Objektivität



Während 2 Jungen in einem Dortmunder Park Fußball spielen, wird einer von ihnen plötzlich von einem Rottweiler angegriffen und ins Bein gebissen. Der Hund lässt nicht wieder los.

Der andere Junge nimmt sofort einen in der Nähe liegenden Stock und steckt ihn in das Halsband des Hundes.

Während der Junge den Stock dreht, bricht er dem Hund das Genick, und der Hund lässt vom Bein des Jungen los.

Ein Journalist, der das Geschehen zufällig verfolgt hat, rennt sofort zu dem mutigen Jungen und interviewt ihn.

Er schreibt in sein Notebook:

Borussen-Fan rettet durch Heldentat seinen Freund vor einer wilden Bestie!!!

Darauf der Junge: Ich bin doch kein Borussen-Fan.

Folgende Änderung tippt der Journalist in sein Notebook:

VFL Bochum-Fan befreit seinen Freund vom Hundebiss!!!

Darauf der Junge: Ich bin auch kein VFL-Fan.

Der Journalist fragt den Jungen: Was für ein Fan bist du denn?

Der Junge antwortet voller Stolz:

Ich bin ein Schalke-Fan.

Am nächsten Tag erscheint folgende Schlagzeile in der Dortmunder Zeitung:

Asozialer Schalke-Fan
würgt Hundewelpen brutal zu Tode!!!

Auch im verwandten „altenglischen „gäl“ – „sehr“ freudig“, dem gotischer „gailjan“ – „erfreuen“ und dem französischen „Gaillard“ – „ausgelassen“ klingt nichts Sexuelles an. Vielleicht war ja mal eine deutsche Jugendgruppe in Litauen und fand am Wort „gailas“, „heftig“, krasses Vergnügen!

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
PISA-Studie der OECD 2003.....	2
Deutsche Schüler nicht besser, nicht schlechter	3
Konsequenzen aus PISA.....	4
Rechenschaftsbericht.....	5
Zusammenfassung der PISA-Ergebnisse im Internet	5
Informationen aus dem Hauptpersonalrat Grund-/Hauptschule	6
Impressum.....	7
Teilzeit und Klassenfahrten.....	8
Das Renten Plus.....	8
Tarifrunde - Lohnraub im öffentlichen Dienst.....	8
Ein-Euro-Jobs an Schulen.....	9
Anschrift und Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle	9
Grundsteinlegung für die neue Synagoge.....	10
Synagoge und jüdische Gemeinde in Gelsenkirchen.....	11
Veranstaltungsreihe des Instituts für Stadtgeschichte.....	12
Hinweis auf GE – W 139.....	14
Das Porträt.....	14
Leserbriefe.....	15
Ermittlungsverfahren gegen Lehrkräfte wegen des Verdachts der Vorteilsannahme	16
Feuilleton - Am 08. Dez. 2004 im Stau.....	17
- Regionale Objektivität	17
- Richtig geil.....	17
Buchbesprechung.....	18
Leseprobe zum Kabarett am 09.05.2005.....	19
Bochumer Kongress 2005 „Zukunft Bildung“	19
Einladungen - Jahreshauptversammlung	20
- Kabarett „Bis hier her und noch weiter“	20



Thomas Mann
Deutsche Hörer!
BBC-Reden 1941 bis 1945
Autorenlesung
hr2-Hörbuch-Bestenliste Juli 2004

„Feindsender“ zu hören war unter Hitler strengstens verboten und wurde mit aller Härte bestraft. Wer es dennoch wagte, konnte von März 1941 bis Mai 1945 einmal monatlich im Auslandsprogramm der BBC fünf bis acht Minuten lang den Ansprachen Thomas Manns lauschen. An Deutlichkeit lässt er es in seinen emotionalen, warnenden Worten an die Deutschen nicht fehlen. Bereits 1941 berichtet er von Kriegsverbrechen, systematischer Judenverfolgung, Menschenexperimenten und Vergasungen. Und immer wieder stellt er der fürchtbaren Realität die vergangene Größe der deutschen Kultur gegenüber. Er mahnt zu Einsicht, Umdenken und Buße. Thomas Manns berühmte BBC-Reden sind dem Hörer mit diesem Hörbuch unmittelbar zugänglich. Manns einzigartige und eindringliche Rhetorik erreicht in diesen Ansprachen ihren absoluten Höhepunkt.

Daueraufzeit: 74 Minuten

4,95 €/ 23,50 SFR CD 22096-8

Die Reden sind auch erschienen in dem Buch

Thomas Mann, „An die gesittete Welt“, S. Fischer-Verlag.

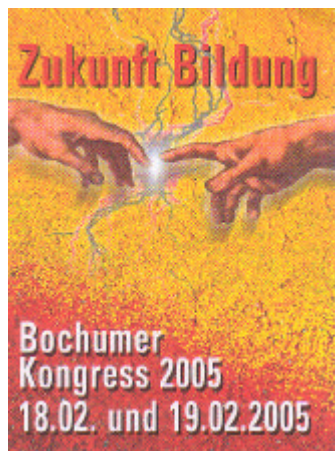
Jahresverrücktblick – und sonst so?

Thomas Philipzen
Kabarettist

Aus, aus, das Jahr ist aus! Überall Jahresrückblicke und natürlich die Frage, die mir meine Frau nach jedem Kinobesuch stellt: "Und? Wie fandest du es?" Lassen wir uns kurz sinnieren:

Herr Schröder will durch Aufhebung des Waffenembargos die Beziehungen zu China aufdaimlern. Frau Merkel ist das C in der CDU ganz wichtig, worauf Herr Koch gesagt haben soll: "Finde ich auch, aber seit wann wird korrupt mit C geschrieben?" Womit wir beim PISA-Stress wären, den andere Länder sich nicht machen: 60 Prozent der US-Bürger können den Irak nicht auf der Weltkarte

zeigen - aber gefunden haben die Amerikaner ihn trotzdem. Mr. Rumsfeld wünscht sich übrigens ein Ferienhaus in Mecklenburg-Vorpommern, was man bei den in letzter Zeit unkonkreten Kriegserklärungen der Amerikaner als durchaus bedrohlich einstufen darf. Und sonst so in 2004? Irgendwo in der Nähe des zukünftigen Rumsfeld-Hauses fuhr Herr Kübelböck in einen Gurkenlaster. Eine Gurke, die dann neben ihm lag fragte verwundert: "Oh, schon Klassentreffen?" Alles andere als Gurken sind die Deutschen Fußballer. Klinsi sei Dank! Wobei ich Herrn Daum gemeinsam mit Mayer-Vorfelder auch begrüßt hätte: Ein bisschen Koksen, ein bisschen Saufen, dann wird's 2006 schon laufen. Laufen wird auch das Jahr 2005. Denn zum Glück - so sagt meine Frau immer nach dem Kino - zum Glück heißt es heute bei jedem Movie: Fortsetzung folgt.



Thomas Philipzen schippert seit über zehn Jahren mit seinen Kabarettprogrammen durch die Wogen aus Zeit und Geist. Aktuell ist er mit seinem siebten Programm "Bis hier her und noch weiter" unterwegs.

Zukunft Bildung

Bochumer Kongress 2005
18.02. und 19.02.2005

In Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum und dem DGB NRW führt die GEW am 18./19. Februar 2005 einen Kongress „Zukunft Bildung“ durch.

Nach der Veröffentlichung von PISA und vor den Landtagswahlen sollen von diesem Kongress klare Signale ausgehen, welche Erwartung die Wissenschaft, die Lehrerschaft und die Gewerkschaft an die Politik haben, damit Bildung in unserem Lande wieder eine Zukunft hat. Die Programmhefte liegen an den Schulen aus, können aber auch im Internet eingesehen werden:

www.gew.nrw.de

Anmeldungen sind noch möglich sowohl durch die Formulare, die Sie an den Schulen finden, als auch über das Internet. In diversen Foren werden auch Probleme aus unserer Region behandelt. Dafür stehen die Namen Dr. Manfred Beck, Schuldezernent Gelsenkirchen, oder auch Gerd Weidemann, Personalratsvorsitzender im Sonderschulbereich und Mitglied im Leitungsteam der Landesfachgruppe Sonderschulen bei der GEW.

Der Kongress wartet mit großen Namen auf. Dr. Monika Springer, Baldur Bertling, Rixa Borns, Karin Clermont. Sie werden aber auch Stars auf dieser Veranstaltung treffen wie Peer Steinbrück, Ute Schäfer, Prof. H.G. Rolff, Prof. Arno Klönne, Prof. Klaus Klemm, Prof. Jürgen Zinnecker, Dr. Heinz Klippert.

Neugierig geworden? Dann melden Sie sich an. Es wird sicherlich ein Höhepunkt in Ihrer Fortbildungskarriere als Lehrerin oder Lehrer sein.

Seebeben in Südostasien

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer auf, den

SPENDENAUFUFEN

der Wohlfahrtsverbände zu folgen

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin: Donnerstag, 24. Februar 2005

18.00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend

**Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen
(direkt am Marktplatz/Margarethe-Zingler-Platz)**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker!

Tagesordnung:

1. Regularien

Tätigkeitsbericht / Kassenbericht / Entlastung des Kassierers

2. Konsequenzen aus den Lernstandserhebungen vor dem Hintergrund von PISA II

(Referenten: Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender der GEW NRW und
Dr. Manfred Beck, Schuldezernent der Stadt Gelsenkirchen)

3. Anträge und Anfragen der Mitglieder

Der Vorstand



